



Alternativantrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP**

zu „Schulen, Eltern und Kinder brauchen mehr Möglichkeiten gegen Omikron“
(Drs. 19/3561)

Schutzmaßnahmen gegen die Omikron-Variante an Schulen und Kindertagesstätten

Der Landtag wolle beschließen:

Seit Beginn des Jahres ist die 7-Tage-Inzidenz durch die neue, deutlich infektiösere Omikron-Variante des Coronavirus stark angestiegen. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag die Erhöhung der Testfrequenz an den Schulen auf dreimal wöchentlich. Dass die Testpflicht für alle an den Schulen beschäftigten Personen, also auch für Geimpfte, Genesene und Geboosterte gilt, hält der Landtag für richtig.

Vor dem Hintergrund dieser Maßnahmen vertritt der Landtag die Auffassung, dass Präsenzunterricht weiterhin der Standard sein sollte und die Schulen nur dann ins Distanzlernen übergehen sollten, wenn die schulorganisatorischen Abläufe, z.B. durch eine Vielzahl an Quarantäneanordnungen, erheblich gestört sind. Dazu gibt der aktuelle Erlass des Bildungsministeriums den Schulen einen klaren Rahmen.

Der Landtag spricht sich gegen eine allgemeine Aufhebung der Teilnahmepflicht am Präsenzunterricht zum aktuellen Zeitpunkt aus, da weiterhin für die Schülerinnen und Schüler, die entweder selbst ein erhöhtes Risiko für einen schweren Krankheitsverlauf haben oder mit einer Person mit einem erhöhten Risiko zusammenleben, die Möglichkeit der Beurlaubung besteht.

Der Landtag bittet die Landesregierung, die derzeit geltenden Maßnahmen an Schulen wegen der anhaltend hohen Infektionszahlen bis auf weiteres beizubehalten.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Pläne der Landesregierung, ein auf die Omikron Virusvariante adaptiertes Schutzkonzept im Bereich der Kindertagesstätten im Land einzuführen. Verbindliche Umfeldtestungen in Anlehnung an das Konzept in Mecklenburg-Vorpommern und dreifache Testungen auch des geboosterten Personals werden das Schutzniveau in den Einrichtungen weiter erhöhen. Ebenso unterstützt der Landtag die Gespräche der Landesregierung über

eine Regelung zur Bildung von Kohorten, dort wo es umsetzbar ist, sowie eine Überprüfung der Quarantäneregelungen, damit sowohl den Belangen des Gesundheitsschutzes als auch der Teilhabe an frühkindlicher Bildung angemessen Rechnung getragen werden kann.

Tobias von der Heide
und Fraktion

Ines Strehlau
und Fraktion

Anita Klahn
und Fraktion